

Titel der Drucksache:

**Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE.,
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0893/18 -
 Integrationskonzept der Landeshauptstadt
 Erfurt**

Drucksache	1203/18
Ä./E.-Antrag zur DS-Nr.:	0839/18
Stadtrat	öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung	06.06.2018	nicht öffentlich	Vorberatung
Jugendhilfeausschuss	07.06.2018	nicht öffentlich	Vorberatung
Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile	12.06.2018	nicht öffentlich	Vorberatung
Ausschuss für Bildung und Sport	13.06.2018	nicht öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	27.06.2018	öffentlich	Entscheidung

Änderungs/Ergänzungsantrag

Sachverhalt

Die Anlage 1 der Drucksache 0839/18 wird wie folgt geändert:

- Seite 5 Zeile 27 "Erfurter Bevölkerung" ersetzen durch: "alle, die in Erfurt leben und sich hier zu Hause fühlen".
Begründung: Wir wollen von Anfang an inklusiv denken und keine künstliche Spaltung.
- S.6 Zeile 39/40: nach "alle in Erfurt lebenden Menschen" die zwei Worte "mit Migrationshintergrund" streichen
Begründung: Uns geht es um alle - Integration geht ebenfalls alle an und ist auch keine Einbahnstraße.
- S.8 Zeile 22 neuer Punkt 1. einfügen: "Integration geht alle an"; danach Aufzählung fortsetzen
Begründung: Drückt unser Selbstverständnis aus, dass Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt.

4. S.17 Ziele, Zeile 46: vor "Formen" das Wort "alle" einfügen
Begründung: Es sollen schließlich alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bekämpft werden.
5. S.19 Sprache, Zeile 19: "Die Beherrschung" ersetzen durch "Das Erlernen" der deutschen Sprache
Begründung: Das A und O ist nunmal das Erlernen der Sprache als Schlüssel zur Teilhabe
6. S.21, Zeile 29/30: nach "Bei anstehendem Umzug" einfügen; "steht weiter das Wohl der Betroffenen im Vordergrund. Ziel ist die dezentrale Unterbringung. Wenn der Wunsch nach Gemeinschaftsunterbringung besteht, können die Jugendlichen ihre Wunsch-GU angeben."
Begründung: Gerade junge Menschen sollten nicht einfach in eine GU umgezogen werden. Es muss darum gehen, sie besonders intensiv auf ihrem Weg zu begleiten und ihnen dafür größtmögliche Unterstützung und auch Sicherheit zu gewähren.
7. Jugendarbeit / Empfehlungen, S. 23, Empfehlung ergänzen: "- Gerade unbegleitete Minderjährige brauchen stabile Settings, Rückzugsräume und verlässliche Ansprechpartner*innen, um zur Ruhe kommen zu können und Zugang zu Bildung und Teilhabe zu finden. Deshalb sollte hier auf Kontinuität und erfahrene kultursensible Träger gesetzt werden, die sich ganz auf die Jugendlichen und ihre besondere Situation einstellen können."
8. Schulische Bildung, S. 24, direkt unter der Überschrift als ersten Satz einfügen: "Kinderrechte kennen keine Grenzen. Aus der UN-Kinderrechtskonvention ergibt sich das Recht auf Bildung für alle Kinder. " Zusätzlich in Zeile 3 nach "ebnet" das Wort "auch" einfügen.
Begründung: Es geht um alle Kinder und Bildung für alle. Der Besuch der Schule ebnet für jedes Kind und Jugendlichen den Weg zur Teilhabe, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund.
9. S. 26, in der Zwischenüberschrift "Volkshochschule, Bildungsstadt Erfurt" nach Volkshochschule einfügen: "freie Träger der Erwachsenenbildung"
Begründung: Die freien Träger der Erwachsenenbildung fehlen hier in der Aufzählung, leisten aber eine immens wichtige Arbeit auch und gerade im Bereich der Integration.
10. S. 27, Zeile 34, nach Wohnungsproblematik ergänzen: "und Diskriminierungserfahrungen, beispielsweise in Form von Rassismus"
Begründung: Diese Erfahrungen werden immer wieder berichtet, aufgrund der Herkunft werden spezifische Diskriminierungserfahrungen gemacht und ohnehin schwierige Ausgangslagen als mehrfach belastend erlebt - dies gilt es, auch zu benennen - auch und gerade im universitären Umfeld.
11. S. 32, Zeile 37, die Worte "kaum umzusetzen" streichen und ersetzen durch "weiter ein wichtiges Anliegen, für welches wir uns weiter stark machen"
und bei den Zielen auf S.34 den ersten Spiegelstrich zu dezentraler Unterbringung ändern in: "Die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten bleibt das erklärte Ziel."
Begründung: im bisherigen Text scheint das Ziel der dezentralen Unterbringung nicht wirklich mit Nachdruck vertreten, heißt es da nur, bei 50 Neuzugängen monatlich sei das kaum umzusetzen. Hier brauchen wir Strategien und den Willen, mehr sozialen Wohnraum auch für Geflüchtete zu schaffen. Dazu gibt es auch

entsprechende Stadtratsbeschlüsse.

12. Seite 35 unter "Bestehende Angebote" folgenden Spiegelstrich ergänzen:

"- Das Land Thüringen erstattet den Kommunen und kreisfreien Städten gemäß der FlÜKEVo die Kosten für die Sozialbetreuung von Geflüchteten. Für 75 Geflüchtete gibt es eine VbE für Sozialbetreuung, die in Erfurt an die Caritas übertragen wurde. Hinzu kommen zusätzliche Landesmittel über das Integrationskonzept für die Betreuung und Asylverfahrensberatung von Betroffenen. Sobald den Asylsuchenden ein Schutzstatus gewährt wird, geht die Zuständigkeit für ihre Beratung auf die vom Bund finanzierte Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und die Jugendmigrationsdienste (JMD) über."

13. Sport, S. 39, bei den Zielen in Zeile 41 die Worte "ist sichergestellt" ersetzen durch: "wird intensiviert und ausgebaut"

Begründung: Hier gibt es wesentlich mehr Bedarf.

06.06.2018, gez. i.A. Arand

Datum, Unterschrift Fraktion SPD

06.06.2018, gez. i.A. Kleimenhagen

Datum, Unterschrift Fraktion DIE LINKE

06.06.2018, gez. i.A. Büchner

Datum, Unterschrift Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN